

Hospers, Gert-Jan

**Article — Published Version**

## Auf der Suche nach neuen Kombinationen von Trends und Tradition

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hospers, Gert-Jan (2004) : Auf der Suche nach neuen Kombinationen von Trends und Tradition, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 84, Iss. 7, pp. 450-453

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42300>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Gert-Jan Hospers

# Auf der Suche nach neuen Kombinationen von Trends und Tradition

*In der gegenwärtigen wissensbestimmten Wirtschaft betreiben Staaten in einem zunehmenden Maße Innovationspolitik. Ein wichtiger Teilbereich ist dabei die Entwicklung und Stärkung von Clustern, in denen Zulieferer, Abnehmer und wissenschaftliche Einrichtungen zusammenarbeiten. Ist solch eine Clusterpolitik sinnvoll?*

Regierungen heften sich traditionsgemäß an die Fersen der jeweiligen Trends. Diese Trendanfälligkeit trifft mit Sicherheit auf die Innovationspolitik zu. In der Hoffnung, sich auf die neuesten technologischen Entwicklungen einstellen zu können, haben Regierungen in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder ihre Politik geändert. Selektives Wachstum, technologische Innovation, Schwerpunktindustrien, Cluster – dies ist nur eine zufällige Auswahl aus allen Konzepten, die benutzt wurden, um die Bemühungen der politisch Handelnden auf dem Gebiet der technologischen Entwicklungen und Innovationen zu rechtfertigen.

Der Kurswechsel unter dem Einfluss von Wissenschaft oder Politik im Bereich der Innovationspolitik zeigt sich unter anderem am Beispiel der modernen Clusterpolitik. Clusterpolitik ist eine Form der Innovationspolitik, die sich zum Ziel setzt, die technologische Zusammenarbeit zwischen Zulieferern, Abnehmern und wissenschaftlichen Einrichtungen (z.B. Universitäten und Forschungszentren) in so genannten „Clustern“ zu fördern<sup>1</sup>. Bekannte Beispiele innovativer Clusterbildung sind das US-amerikanische Silicon Valley (Halbleiter), das schweizerische Jura d’Arc (Uhren), die Bekleidungsindustrie in der Emilia-Romagna (Italien) und das Automobil-Cluster in Baden-Württemberg<sup>2</sup>.

In kurzer Zeit sind die staatlichen Maßnahmen, die sich auf die Entwicklung und Stärkung von Clustern richten, zu einem der wichtigsten Teilbereiche der Innovationspolitik in den westlichen Ländern geworden. Es war vor allem der US-amerikanische Betriebswirt und Management-Guru Michael Porter, der auf die Bedeutung starker Cluster für die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft hingewiesen hat<sup>3</sup>. Seiner Meinung nach bieten Cluster genau die kritische Masse und Synergien, die erforderlich sind, um Innovatio-

nen (neue Produkte, Dienstleistungen und Verfahren) im Wirtschaftsleben realisieren zu können. Bei den Entscheidungsträgern hat Porters Botschaft großen Widerhall gefunden. Sie sehen in dem Clusterkonzept eine Möglichkeit, dem politischen Druck zu begegnen, der sie zu einer wirklich erfolgreichen Innovationspolitik zwingt.

## Ist Clusterpolitik generisch?

Unter den politischen Entscheidungsträgern wird die Clusterpolitik als Chance begriffen, ein für allemal mit den weniger gelungenen Versuchen einer öffentlichen Technologieförderung abzurechnen. Die Innovationspolitik in Westeuropa hat in den zurückliegenden 30 Jahren grob gerechnet drei Phasen durchlaufen<sup>4</sup>.

In der ersten Phase, den siebziger Jahren, war die offizielle Politik in erster Linie defensiv ausgerichtet. In einem großen Maßstab wurden in Wirtschaftszweigen, die sich im Niedergang befanden, wie der Bergbau und die Stahl-, Automobil- und Textilindustrie Stützungsmaßnahmen durchgeführt. Diese Herangehensweise des „helping losers“, die der Sicherung der Arbeitsplätze dienen und einen Erneuerungsprozess stimulieren sollte, führte in der Praxis letztendlich zu einem Scheitern. Aufgrund einer Sättigung des Marktes und wachsender Konkurrenz aus Niedriglohnländern mussten viele Unternehmen in den genannten Sektoren trotz der Unterstützung durch den Staat ihre Pforten schließen.

In der zweiten Phase, den achtziger Jahren, betrieben Regierungen eine ebenso spezifische Innovationspolitik, die sich nur auf einige Branchen konzentrierte. Allerdings entschieden sich die Verantwortlichen jetzt für eine offensive Strategie, die eine Subventionierung

<sup>1</sup> Vgl. OECD: Boosting Innovation: The Cluster Approach, Paris 1999; und OECD: World Congress on Local Clusters, Paris 2001.

<sup>2</sup> Vgl. H. Bathelt, J. Glückler: Wirtschaftsgeographie, Stuttgart 2002.

<sup>3</sup> Vgl. M.E. Porter: The Competitive Advantage of Nations, New York 1990; sowie M.E. Porter: On Competition, Boston 1998.

<sup>4</sup> Vgl. P. Oberender, F. Daumann: Industriepolitik, München 1995; sowie F. McDonald, S. Dearden: European Economic Integration, 3. Auflage, London u.a.O. 1999.

*Gert-Jan Hospers, 30, Dipl.-Volkswirt, ist Dozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Fakultät „Betrieb, Verwaltung und Technologie“ der Universität Twente in Enschede (Niederlande).*

von Megaprojekten in „Schwerpunkttechnologien“ wie der Raumfahrt, der Kernenergie und der Mikroelektronik vorsah („picking winners“). Auch dieses Konzept scheiterte größtenteils, da die Hauptverantwortlichen einen zu großen technologischen Sprung nach vorne machen wollten oder die Zukunftsperspektiven der ausgewählten Technologien zu optimistisch eingeschätzt hatten.

Der Zeitraum ab Anfang der neunziger Jahre bis heute stellt die dritte Phase der Innovationspolitik dar. Auf dem Papier hat man sich jetzt endgültig von den Maßnahmen verabschiedet, die sich auf bestimmte Sektoren fokussierten: Die Politik ist von ihrem Charakter her nicht mehr spezifisch, sondern generisch<sup>5</sup>. Dahinter steckt die Idee, dass der Staat die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes steigern kann, indem er Bedingungen schafft, unter denen alle Technologien und wirtschaftlichen Aktivitäten aufblühen können. Clusterpolitik ist ein gutes Beispiel für eine solche Strategie zur Schaffung von Rahmenbedingungen – zumindest wird das behauptet –, denn Clusterpolitik bedeutet, dass der Staat nur für die nötige Infrastruktur sorgt (z.B. Forschung an Universitäten und Hochschulen und Patente), die Marktparteien zusammenbringt (Vermittlerrolle) und die technologische Zusammenarbeit subventioniert.

Auf den ersten Blick erscheint eine solche Politik in der Tat weniger präventiv als die alte, spezifische Technologiepolitik. Bei genauerem Hinsehen hat jedoch auch die Clusterpolitik spezifische Elemente. Um seine internationale Konkurrenzfähigkeit zu stärken, gibt ein Land schließlich immer bestimmten Clustern den Vorrang gegenüber anderen<sup>6</sup>. Und außerdem: Auch wenn die Zielsetzungen der Clusterpolitik generisch sind, so kommen die Instrumente, die eingesetzt werden, um diese Ziele zu erreichen (z.B. öffentliche Forschung und Subventionen) niemals bei allen Clustern in gleichem Maße an. Manche Cluster sind nun einmal innovationsgeeigneter als andere. Somit stehen die Entscheidungsträger auch in der jetzigen Phase der Clusterpolitik immer noch vor dem klassischen Dilemma, welche Wirtschaftszweige sie unterstützen sollen und welche nicht.

#### Gefahren einer Hightech-Clusterpolitik

Ermutigt durch Erfolgsgeschichten à la Silicon Valley fokussieren sich heutzutage viele westeuropäische Regierungen auf die so genannten „Hightech-Clus-

ter“. Allein schon die Namensgebung – man denke an Silicon Glen (Schottland), Bavaria Valley (Bayern), Silicon Saxony (Sachsen) und Plastic Valley (Rhône-Alpes) – zeigt, wie sehr man hofft, den Erfolg von Silicon Valley imitieren zu können. Momentan haben die Verantwortlichen vor allem Cluster in der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) sowie in der Bio- und Nanotechnologie auf ihrem Wunschzettel stehen<sup>7</sup>. Häufig werden öffentliche Investitionen in derartige Hightech-Unternehmungen mit dem Argument gerechtfertigt, dass sie letztendlich in großem Umfang in den verbleibenden Wirtschaftszweigen Anwendung finden werden („enabling technologies“). Das mag zwar so sein, aber diese Begründung kennen wir schon aus den achtziger Jahren, als die maßgebenden Stellen die Ausstrahlungseffekte der Raumfahrttechnologie und der Mikroelektronik hervorhoben. Was das angeht, ist ein großer Teil der gegenwärtigen Clusterpolitik ebenso auf die „picking winners“ ausgerichtet wie die frühere Innovationspolitik es war. Diese erneute Fokussierung auf die Hightech-Branche ist riskant, und zwar aus drei Gründen.

Zunächst einmal ist die Hightech-Clusterpolitik ein gewagtes Spiel, weil die staatliche Administration schlecht einschätzen kann, welches die Technologien von Morgen sein werden. Es gibt keinen einzigen Grund zu der Annahme, dass Ministerialbeamte besser in der Lage sein sollten, Wachstumschancen zu erkennen als Unternehmer auf dem Markt<sup>8</sup>. Die französische Innovationspolitik der achtziger Jahre macht dies besonders deutlich. Nachdem man jahrelang Gelder in die nationale Mikroelektronikindustrie gepumpt hatte, mussten die Verantwortlichen in Paris zugeben, dass sie auf das falsche Pferd gesetzt hatten. Eine wichtige Ursache dieser falschen Politik war der fehlende ökonomische Sachverstand von Beamten, die nur ein nationalistisches Ziel („francisation de la filière électronique“) vor Augen hatten. Ein anderes Beispiel: In den sechziger Jahren verglich die schwedische Regierung den Wunsch von Volvo, PKWs in die USA zu verkaufen, mit dem „Verkauf von Kühlschränken an Eskimos“. Einige Zeit später entpuppten sich die USA als der für Volvo lukrativste Absatzmarkt.

Ein weiterer Grund, warum eine Politik, die sich auf Hightech-Cluster fokussiert, große Risiken birgt, liegt darin, dass die meisten westlichen Regierungen dieselben Wirtschaftszweige unterstützen. Dieses Nachahmungsverhalten kann auch als der „bandwagon effect“ in der Innovationspolitik bezeichnet werden: Regierungen laufen allesamt derselben Mode hinter-

<sup>5</sup> Vgl. D. Jacobs, A.P. de Man: Clusters, Industrial Policy and Firm Strategy: A Menu Approach, in: Technology Analysis and Strategic Management, Vol. 8 (1996), S. 425-437; und P. Beije: Technological Change in the Modern Economy: Basic Topics and New Developments, Cheltenham 1998.

<sup>6</sup> Vgl. K. Cowling: Industrial Policy in Europe: Theoretical Perspectives and Practical Proposals, London 1999.

<sup>7</sup> Vgl. OECD: Benchmarking Knowledge-Based Economies, Paris 1999; sowie R. Florida: The Rise of the Creative Class, New York 2002.

<sup>8</sup> Vgl. Ch. Wolf: Markets or Governments: Choosing between Imperfect Alternatives, Cambridge 1998.

her<sup>9</sup>. Wie schon oben festgestellt, fördern die meisten Regierungen heutzutage die ICT, die Biotechnologie und die Nanotechnologie. Auf übernationaler Ebene, beispielsweise im gesamteuropäischen Rahmen, führt die einseitige Konzentration auf dieses „Mehr von demselben“ zur Duplikation (Überinvestition) in dieselbe Technologie – mit dem Ergebnis, dass überall in Europa „Silicon Somewheres“ aus dem Boden schießen. Wichtiger noch als dieses Risiko eines Überangebots ist die Gefahr, dass Regierungen durch dieses Imitationsverhalten die Konkurrenzfähigkeit ihres Landes untergraben: Indem sie als Wettbewerber in dieselben Cluster investieren, schöpfen sie die vergleichswisen Vorteile, die jedes Land nun einmal besitzt, wirtschaftlich nicht optimal aus. Die Geschichte zeigt doch, dass die meisten Länder ihre Konkurrenzfähigkeit gerade der Tatsache verdanken, dass sie es verstanden haben, sich von ihren Rivalen abzuheben.

Eine letzte Gefahr bei der Hightech-Clusterpolitik liegt in der Neigung der verantwortlichen Politiker, es ganz anders machen zu wollen als ihre Vorgänger. In ihrer Begeisterung für die Hightech-Branche schenken Regierungen der Frage, ob in einem bestimmten Gebiet auch die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind, meistens zu wenig Beachtung. Normalerweise sind die Startkosten für die Entwicklung neuer Clusters hoch und es dauert lange, bis sie in ihre Umgebung eingebettet sind<sup>10</sup>.

Extreme Beispiele für eine derart „losgelöste“ Clusterpolitik, die aus einem utopischen Denken der Entscheidungsträger resultierte, können wir in Russland und Italien finden. Die Hightech-Industriekomplexe, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Sibirien (Akademgorodok in der Nähe von Novosibirsk), Sizilien und Sardinien aus dem Boden gestampft wurden, haben ausnahmslos als „Kathedralen in der Wüste“ geendet. Die Komplexe passten sich in keiner Weise in die Wirtschaftsstruktur der Regionen ein, in die sie von der Regierung verpflanzt worden waren.

#### Traditionelle Cluster

Auch wenn die staatlichen Stellen Hightech-Cluster bevorzugen, kommen sie um die Lowtech-Vergangenheit meistens nicht herum. Viele Länder sind noch immer mit dem Erbe der „old economy“ belastet, wie die Landwirtschaft, der Schiffsbau, die Textil- und Stahlindustrie<sup>11</sup>. Im Grunde waren dies „Cluster“ im wahrsten Sinne des Wortes: Der niederländische Schiffsbau beispielsweise besteht aus einem Netzwerk an Zulie-

ferern, Abnehmern und Wissensinstitutionen, die im Bereich der maritimen Technik und Produktion eng zusammenarbeiten. Infolge des scharfen internationalen Wettbewerbs haben sich diese „traditionellen“ Cluster jedoch in großem Maßstab umstrukturieren müssen. Um überleben zu können, werden sie allerdings nach wie vor stark subventioniert – übrigens nicht selten unter der Bezeichnung Innovationspolitik. Eigentlich bräuchten sich die Verantwortlichen für die Förderung einer traditionellen Clusterbildung nicht zu schämen; im Gegensatz zu vielen Hightech-Unternehmen sind diese Cluster nämlich zumindest gut in die ökonomische Struktur eingebettet. Oft haben sie sogar die Grundlage früheren Wohlstands geschaffen (z.B. die Textilindustrie in Manchester und der Stahl im Ruhrgebiet). Dennoch ist die Art und Weise, in der von staatlicher Seite mit den traditionellen Clustern umgegangen wird, durchaus kritikwürdig, da sie an die Defensivstrategie der siebziger Jahre erinnert.

Bei der Unterstützung traditioneller Cluster setzen sich Regierungen gewöhnlich zu viele Ziele. Der politische Wunsch, wirtschaftliche „Landesmeister“ am Leben zu erhalten, vermischt sich meistens mit anderen Motiven wie der Notwendigkeit einer Umstrukturierung und Innovation, dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der regionalen Entwicklung eines Gebietes. Derart unterschiedliche Ambitionen unter einen Hut bringen zu wollen, ist gefährlich. Die Ziele stehen oft im Widerspruch zueinander und machen von daher eine optimale Herangehensweise unmöglich<sup>12</sup>. Ein dramatischer Fall ist die Unterstützung des niederländischen Hochseeschiffbaus. Immer wieder hat das niederländische Wirtschaftsministerium kurzfristige Beschäftigungsperspektiven und nationalistisches Prestigedenken (die Niederlande als maritime Nation) über rationale Gründe für die Schließung eines Teils der Werften gestellt. Vergleichbare Fehler wurden in den siebziger Jahren in Großbritannien gemacht. In der Hoffnung, widersprüchliche Interessen miteinander versöhnen zu können, subventionierte der britische Staat British Leyland auch dann noch, als deutlich war, dass es keine Zukunft mehr hatte.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Politik traditioneller Cluster besteht darin, dass die grundlegenden Strukturprobleme oft nicht gelöst werden<sup>13</sup>. Theoretisch ist eine vorübergehende Unterstützung von Clustern, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, gerechtfertigt, um ihnen die Chance zu geben, ihre Organisation und Produktion neu zu strukturieren. In der Praxis sind diese Maßnahmen jedoch oft nicht mehr als ein He-

<sup>9</sup> Vgl. D. Jacobs, A.P. de Man, a.a.O.

<sup>10</sup> Vgl. M. Castells, P. Hall: *Technopolis of the World: The Making of Twenty-First Century Industrial Complexes*, London 1994.

<sup>11</sup> Vgl. Ph. Cooke: *The Rise of the Rustbelt*, London 1995; und P. Dicken: *Global Shift: Transforming the World Economy*, 3. Auflage, London 1998.

<sup>12</sup> Vgl. P. Howitt: *The Implications of Knowledge-Based Growth for Micro-Economic Policies*, Calgary 1996.

<sup>13</sup> Vgl. H.J. Chang: *The Political Economy of Industrial Policy*, London 1994.

**Beispiele von „Neuen Kombinationen“  
von Trend und Tradition**

Land	Integration von Trend und Tradition	Neue Kombination
Italien	Leder und Hightech-Design	exklusive Schuhmode
Schweiz	Uhrwerke und Mikroelektronik	Swatch Uhren
Dänemark	Holzmöbel und ICT	Designer-Möbel
Finnland	Forstwirtschaft und Biotechnologie	Bio-Forstwirtschaft
USA	Raumfahrtmaterialien und Golfsport	Golfclubs
Deutschland	Maschinenbau und ICT	Multimedia
Deutschland	Montanindustrie und Tourismus	Industriekultur
Frankreich	Textil und Serviceunternehmen	Versandhandel

rumkurieren an Symptomen. Viele Subventionen für traditionelle Cluster führen nicht zu Innovation und Revitalisierung, sondern im Gegenteil zur Erhaltung unrentabler Strukturen, die im Laufe der Jahre aufgebaut wurden. Auf diese Weise geraten Cluster in eine völlige Abhängigkeit von Subventionen („Subventionsversklavung“). Ein abschreckendes Beispiel ist die frühere Kohle- und Stahlpolitik in den meisten westeuropäischen Ländern wie Deutschland (Ruhrgebiet) und Belgien (Wallonien). Gegen besseres Wissen taten die Politiker ihr Möglichstes, um durch Subventionen möglichst viele Arbeitsplätze im Bergbau und in der Stahlindustrie zu erhalten. Die Unternehmen wurden jedoch nicht zur Innovation herausgefordert. Dadurch versperrte der Staat diesen Clustern den strukturellen Übergang zu neuen wirtschaftlichen Aktivitäten.

**Trend durch Tradition**

Es hat den Anschein, als hätten die Regierungen aus ihren früheren Erfahrungen mit der Innovationspolitik wenig gelernt. Clusterpolitik ist nur dem Anschein nach generisch und im Grunde nicht weniger spezifisch als die frühere Sektorpolitik. Häufig können die Hauptverantwortlichen der Versuchung nicht widerstehen, Hightech-Clusters zu fördern; gleichzeitig werden traditionelle Cluster weiterhin unterstützt. Das Ergebnis ist eine ambivalente Politik, die sich in der Hauptsache auf Cluster an den beiden äußeren Rändern des ökonomischen Spektrums konzentriert - mit allen dazugehörigen Risiken.

Gibt es einen Weg aus dieser Sackgasse der Clusterpolitik? Im Prinzip ist das sehr gut möglich. Die politisch Handelnden können nämlich einen neuen Weg einschlagen, indem sie einen originellen Mix von Hightech und traditioneller Clusterpolitik kreieren, vorausgesetzt, sie gehen von der aktuellen technisch-ökonomischen Struktur eines Landes aus. Innerhalb dieser vorhandenen Struktur kann der Staat nach Schumpeter

peterschen „neuen Kombinationen“ traditioneller und hochmoderner wirtschaftlicher Aktivitäten suchen<sup>14</sup>. Natürlich ist es meistens mühsam und man braucht die nötige Kreativität, will man den Schnittpunkt finden, an dem alte und neue Cluster zusammentreffen. Dennoch zeigen erfolgreiche internationale Beispiele, dass die Integration bereits vorhandener und neuer Aktivitäten sehr gut möglich ist (vgl. Tabelle)<sup>15</sup>.

In manchen Ländern ist es der Regierung gelungen, traditionelle Cluster durch branchenfremde, aber moderne Techniken (z.B. der Informationstechnologie) in der Produktion und im Marketing zu revitalisieren. Das ist beispielsweise in der italienischen Lederverarbeitung, der schweizerischen Uhrenindustrie, der dänischen Möbelindustrie und der finnischen Forstwirtschaft geschehen. In anderen Ländern haben die verantwortlichen Stellen angeregt, dass die vorhandene Expertise aus einem im Niedergang begriffenen Cluster nicht verloren ging, sondern recycelt wurde. So ist die Entwicklung des Golfclusters um San Diego in den USA und die Multimediabranche in Baden-Württemberg direkt auf das Vorhandensein traditioneller Sektoren zurückzuführen, die mit Werkstoffen arbeiteten, die einen wichtigen Input für die neuen Tätigkeitsfelder bildeten<sup>16</sup>.

Andernorts wiederum haben Cluster es verstanden, mit staatlicher Unterstützung strukturelle Trends aufzugreifen, wie beispielsweise den Aufschwung des Dienstleistungssektors. Gute Beispiele dafür sind das Ruhrgebiet (Industriekultur) und die traditionelle französische Textilregion Nord-Pas-de-Calais (Versandhandel in der Textilbranche).

Auch wenn diese Beispiele in gewisser Weise nicht übertragbar sind, so suggerieren sie doch durchaus eine interessante und neue Rolle für die Entscheidungsträger in der Innovationspolitik: Die Begleitung bei der Feststellung und Entwicklung neuer Kombinationen von traditionellen und Hightech-Unternehmen. Eine solche clusterbezogene Innovationspolitik von Trend durch Tradition macht wahrscheinlich mehr Sinn als das Festhalten an der gegenwärtigen Politik, die sich darin erschöpft, den aktuellsten Trends nachzujagen.

<sup>14</sup> Der Begriff „neue Kombinationen“ ist entlehnt von Joseph Alois Schumpeter (1883-1950), der diesen Ausdruck zum ersten Mal verwendete, um Innovationen zu bezeichnen. Vgl. J.A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1911. Ursprünglich stammt der Begriff „neue Kombinationen“ übrigens aus den Werken von Goethe, der geschrieben hat: „Es gibt nichts Neues, nur Neue Kombinationen“.

<sup>15</sup> Vgl. R. Hassink: What Distinguishes „Good“ from „Bad“ Industrial Agglomerations?, in: Erdkunde, Vol. 51 (1997), S. 2-11; M.E. Porter: On Competition, Boston 1998; P. Maskell, A. Malmberg: Localised Learning and Industrial Competitiveness, in: Cambridge Journal of Economics, Vol. 23 (1999), S. 167-185; sowie H. Bathelt, J. Glückler: Wirtschaftsgeographie, Stuttgart 2002.

<sup>16</sup> Vgl. M. E. Porter, 1998, a.a.O.